

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1908. Nr. 66. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. festgesetzten Zeitungen oder deren Raum f. Halle u. den Postorten 30 Pf., auswärts 30 Pf., Resten am Ende des beziehenden Monats 10 Pf., für den Rest des Monats 5 Pf., für den Rest des Monats 5 Pf., für den Rest des Monats 5 Pf.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verleger: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Sonnabend, 8. Februar 1908.

Gelichtheits in Berlin: Dellauerstraße 14.
Telephon-Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Am Tode des Herzogs von Altenburg.

Die Leiche des Herzogs wurde am Freitag ein-
gestellt und wird am Sonnabend abends 1/2 Uhr
dem Sterbegemach in die Schloßkirche überführt.
Am Sonntag und Montag wird die Leiche öffentlich in der
Schloßkirche ausgestellt sein. Am Mittwoch vormittag
wird sodann die Leberführung in die Gruft der Per-
sonen Agnes-Gebärdtskirche stattfinden.
Der Kaiser richtete an den nun regierenden Herzog
Sachsen-Altenburg folgendes Telegramm:
„Ziel schwerlich berührt durch das Ableben Deines
Vaters. Ich Dir dein herzlichste Beileid an. Ich und Mein
Vater werden in dem Abgeschiedenen einen nahen auf-
richtigen Freund, kein Landesvater einen fürstlichen Vater,
noch ein treuerproben Fürsten, der kein langes, reich-
geglücktes Leben stets in den Diensten des Vaterlandes gefehlt.
Der hiesigen Trauer um ihn füge ich dich mit Dir ein.
Ich hoffe, daß Du seine Nachfolge in seinem Sinne anstreben
wirst und seine Dir von Herzen für die in Deinem Telegramme
ausgesprochene Bestimmung, ges. Wilhelm.“
König Friedrich August von Sachsen sandte
dem regierenden Herzog folgendes Telegramm:
„Seine Sobolei Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg. Ich
bedauere Dir und den Deinen Mein aufrichtigstes und herzlichste
Beileid aus. Meinem Vater ein hoch geschätztes und
verdientes Anteil aus, der ein wahrer Vater seines Volkes war.
Ich hoffe, daß Du seine Nachfolge in seinem Sinne anstreben
wirst. ges. Friedrich August.“

Der Reichstag

Der Reichstag widmet dem verstorbenen Herzog
Sachsen-Altenburg einen Nachruf, in dem es folgender-
maßen heißt:
„Seit dem 3. August 1853, als er seinem Vater folgte, hat
der edle Prinz in seiner geliebten Regierung fünf
Jahre über den Geschäften der altenburgischen Kammer geleitet.
Der Zeit in dem Jahre 1870/71, seine verdienstvolle
Tätigkeit hoch in Ehren gehalten. Mitarbeiter um die
Einigung Deutschlands, seine vielfach belundete
Tätigkeit gegen den Reichsgedanken sichern dem ehr-
würdigen Herzog einen hervorragenden Platz im Kreise der deut-
schen Landesfürsten und in den dankbaren Empfindungen der
Vaterlandsliebe. Die Reichstag für seine Verdienste und sein Wirken
hat sich hoch geehrt, als er am 18. September 1908 die Feier
des 50. Geburtstages beging. Heute bereinigen sich an seiner
Stelle die patriotisch gesinnten Deutschen in allen Teilen des
Reiches mit den altenburgischen Landeskindern in herzlichster
Trauer.“

Parlamentarisches.

In der Sitzung der Reichstagskommission für das
Gesetz über die Verfassung wurde nach langer Debatte
der § 3 in folgender Fassung angenommen:
„Der öffentliche Verammlung zur Erörterung öffent-
licher Angelegenheiten bezeichneten soll, hat hieron mindestens
10 Stunden vor dem Beginn der Verammlung unter Angabe des
Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.
Wird die Anzeige nicht bei der Behörde sofort eine schriftliche
Bestätigung erteilt werden. Einer Anzeige bedarf es nicht für
Verhandlungen, die öffentlich bekannt werden sind. Die
öffentlichen Verfassungen über die Erörterung der Bekanntmachung
sollen die Landesverwaltungen zu erlassen. Einer Anzeige
bedarf es nicht für Verfassungen der Wahlberechtigten zum
Wahlrecht der Wahlen, zu den auf Gesetz oder Verordnung von
den Behörden erteilten öffentlichen Körperchaften nach Lage der an-
nehmlichen Bestimmung des Wahllochs bis zur Beendigung der
Wahlhandlung. Die Vorschriften der §§ 5, 8 und 9 dieses Ge-
setzes sind auch auf diese Verfassungen Anwendung. Als Erörterung
politischer Angelegenheiten gilt es insbesondere nicht,
wenn in Verfassungen von dem in § 152 der Gewerbeordnung
genannten Personenkreise ausschließlich die dort bezeichneten
Gesetze erörtert werden.“
Die Kommission vertrat sich dann auf den 13. Februar.
Die Budgetkommission des Reichstages be-
schloß am Freitag den Etat der Expedition nach Ostafrika
nach längerer Beratung.
Die Kommission des Reichstages für den Gesetzentwurf
betreffend die Sicherung der Bauverordnungen
nach längerer Auseinandersetzungen am Freitag die
Beratungsvorlage an.
In der Budgetkommission des Abgeord-
netenhauses, welche gestern die Beratung des Kultus-
etats beim Kapitel „Ministerium“ begann, erklärte der
Ministerpräsident auf die Frage nach dem Stande der
Wachschulreform, diese könne, da sie größere
finanzielle Mittel erfordern wird, erst im nächsten Jahre be-
trachtet werden. Die größeren Städte würden sich aber viel-
leicht schon früher durchführen. Die höheren Mädchenschulen
würden (wie wir auch an anderer Stelle nochmals besonders
hervorgehoben haben), den Provinzialausfuhr-
kommissionen erteilt, also ebenso behandelt werden wie die
übrigen höheren Lehranstalten. Ferner wurde die Mit-
teilung gemacht, daß das Schreibverbotsgesetz
schon dem nächsten Reichstag dem Reichstag
vorgelegt werden solle.

Der Flottenbau 1908.

Wenn auch die Vergebung der für das Rechnungsjahr
1908 geforderten und jetzt durch die zweite Lesung des
Marineetats bewilligten neuen Flottenbauten erst in einigen
Monaten erwartet werden darf, so läßt sich jetzt doch bereits
der Flottenbau im neuen Etatsjahre übersehen. Aus den
letzten drei Etatsjahren werden die Werften beim Einlegen
des neuen Rechnungsjahres noch 14 Schiffe beschiffen,
unter denen sich 6 Minenschnepfen, 2 Panzerkreuzer, 4 kleine
Kreuzer und 2 Spezialschiffe befinden. Neu auf Stapel sind
zu legen: 3 Minenschnepfen, 1 Panzerkreuzer, 2 kleine Kreuzer
und 1 Hilfskanonenboot für China. Diese 21 Bauten, die
mitteln 9 Minenschnepfen, 3 Panzerkreuzer, 6 kleine Kreuzer
und 3 Spezialschiffe umfassen, werden im neuen Rechnungsjahr
die Gesamttätigkeit der Werften bilden, so weit der
deutsche Kriegsschiffbau in Frage kommt. Von diesen
21 Bauten werden im Etatsjahr 1908 zunächst zur Abfertigung
an die Marineverwaltung 2 Minenschnepfen, „Schlei-
ent“ und „Schleswig-Holstein“, ein kleiner
Kreuzer, die „Dresden“, das zweite Minenschnepfen
„Albatros“ und ein Artillerieausführender kommen,
die dann zur Einstellung in den ersten Frontdienst bereit
sind. Da im letzten Etatsjahr drei Panzerkreuzer, die
„Gneisenau“ und die „Scharnhorst“, auffertig
wurden, wird im Jahre 1908 ein weiteres Schiff dieser
Gattung durch die Werften fertiggestellt werden; der nächste
Panzerkreuzer, der zur Abfertigung bestimmt ist, heißt auf
Monate hinaus in dem Neubau E noch auf der Helgoland
Bau, so daß an seinen Etapellauf noch nicht zu denken ist.

Zur Sage in Portugal.

Die Stimmung im Lande kommt in folgenden
Mitteilungen zum Ausdruck, die Berliner Wäutern aus
Lissabon zugaben:
Der Sturz gegen den politisch toten Franco und das von ihm
vertretene Regiment ist nicht etwa erloschen, sondern gärt weiter,
und darum birgt die gegenwärtige Situation immer noch den Keim
der Gefahr eines Bürgerkrieges. Unrichtig ist, daß
Franco bei der Königin-Mutter und dem jungen König in Un-
gunst gesehen sei. Königin Amalie, die vielmehr in der Hofschick-
sachen Franco im Namen der Portugiesen von aller Schuld an
der Katastrophe entlastet und ihn der Dankbarkeit des
jetzigen Königs versichert. Das war nicht minder edelmütig,
denn trotz gegenseitiger Versicherung einer
Weisheit der Portugiesen hängen die Königinmörder an den Hoff-
schicksalen jener beiden Parteien, die Franco opponierten und ihn
anzogen, zu immer neuen Gewaltthaten zu greifen. Auch
diese Parteien haben nicht nur durch Diktatoren regiert. Darum
war es keineswegs der Diktator, den sie in Franco sahen, sondern
der rechtliche, unfähigste und unbesugte starke Mann. Viel-
leicht mag allerdings Franco's letztes amtliches Handeln die äußere
Veranlassung zu dem Mordtat gegeben haben. Er hatte am Tage
vor der Katastrophe nicht die Heberzeugung der Volksgel-
verheit, sondern die Kenntnis mit der Truppen befehlshaber
Befehlsgeber hatten auch erfahren müssen, daß das Militär für
ihre Pläne nicht zu gewinnen sei, und darin, daß er durch Aus-
scheidung zweifelhafte Elemente aus dem Offizierskorps auch
neueingebildete Infanterie- und Marinekorps und der Re-
gierung ergeben zu machen verstand, darf nicht das geringste
Bedenken erwecken werden. Zweifelhaft sein dürfte auf die
Zurechenschaft der Truppen einwirken wird, nicht haben. Es
scheint fast, als ob die Autoritäten nimmer glauben, sich wie
einst nur auf die Sabotage verlassen zu können, denn lediglich
solche wird zum Strafbündnis verwendet. Gelegenheit genug,
sich gleich Franco auf die Wagnisse zu stellen, dürfte die Re-
gierung sehr bald haben, denn die Zusammenfügung des neuen
Ministeriums aus den beiden Parteien bedeutet nach Ansicht von
Kennern der portugiesischen Politik einen Kollaps, der nur
zur Militärdiktatur oder zur Revolution führen kann; ja, es gibt
Leute, die behaupten, daß schon beim Beginn des Königs-
Kollapses die Truppen Gelegenheit haben werden, ihre Zurech-
lässigkeit zu bewähren.
Wie uns ferner noch aus Lissabon gemeldet wird,
wurden sämtliche politische Gefangene frei-
gelassen, darunter drei Leute, welche als vermeint-
lichen Königinmörder geheim festgehalten worden waren.
Ergreifend war am Donnerstag der Moment, als
König Carlos in den Sarg gelegt wurde. Die
Königin-Mutter Maria Pia umarmte heftig
schmerzliche mehrere Male den Leichnam, von dem man
sich nur mit Mühe fortbringen konnte. Eine ebenso tra-
gische Szene spielte sich ab, als Königin Amalie und
König Manuel von den Toten Abschied nahmen.
Nachdem die Leiche des Königs in den Sarg gelegt worden
war, wurde sie am Mittwoch zusammen mit der des Kron-
prinzen nach der Kapelle gebracht.
Die Gemeinderäte von Lissabon, die vor der
Ernennung der Verfassungskommissionen im Amte waren,
werden wieder eingekerkert werden und demnächst wieder zu-
sammentreten

Deutsches Reich.

Freier von Stengel. Auch in parlamentarischen
Kreisen verläutet mit Bestimmtheit, daß der Reichs-
schaffers Freier von Stengel dem Reichstagspräsidenten
von Bülow sein Entlassungsgehalt unterbreitet habe. Das
Gesuch ist jedoch nicht erledigt. Staatssekretär von
Stengel führt die Geschäfte des Reichstagspräsidenten weiter,
nimmt jedoch an den Beratungen des Bundesrats und des
Reichstages nicht teil.
* Bülow und Reichsminister. Der Reichstagspräsident Bülow
empfang am Donnerstag nachmittag den württembergischen
Ministerpräsidenten von Beckersacker.
* Staatsminister von Schöner. Der frühere sächsische
Staatsminister von Schöner ist Freitag nachmittag 2 Uhr auf
Schloß Zandheim am der Speer gestorben.
* Professor Schürer. Nach einem Telegramm aus
München hat der dortige Rantius gestern im diplo-
matischen Auftrag der Kurie bei der bayerischen Staats-
regierung Maßnahmen gegen den katholischen Theo-
logieprofessor Schürer an der Münchener Universität
beantragt; diesem soll nach den Wünschen der Kurie das
Galt von Vorlesungen unmöglich gemacht werden.
* Die höheren Mädchenschulen sollen in Zukunft gleich
den übrigen höheren Lehranstalten dem Provinzial-
Schulkollegium unterstellt werden.
* Das Urteil des Reichsgerichts im Spionageprozess
lautet: Die drei Angeklagten sind schuldig eines gemein-
schaftlich begangenen Verbrochens nach § 1 des Spionage-
gesetzes und werden verurteilt: Awerlönder und Wi-
mannd zu je 5 Jahren und Mierendor zu 3 Jahren
Zuchthaus, jeder der Angeklagten außerdem zu 5 Jahren
Ehrenverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Einige
Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Das
Verdict hat für erwiesen erachtet, daß die Angeklagten einen
Zusteller zu einer Mine an die russische
Regierung verraten haben. Sauerländer hatte die
erforderlichen Zeichnungen in Wilhelmshaven von dem
Marinematrosen Hans Precht sich geben lassen. Mierendor
hatte nach den Zeichnungen einen solchen Zusteller ange-
fertigt. Niemand und Sauerländer haben diese Sache nach
Petersburg geschickt.

Deutscher Reichstag.

97. Sitzung vom 7. Februar, 1 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, Schän.
Präsident Graf Ernst von Sachsen-Altenburg.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der
Zusatzakte zur
* Reichsministerkonvention
in Verbindung mit der zweiten Lesung der Anträge des Grafen
Schwerin-König (konf.) auf weitere Erhebung der Zudecker.
Zu einem Antrag des Abg. Dr. Wiemer (frei. Vp.), der die
Zuführung zur Zusatzakte von der späteren Erhebung der
Zudecker abhängig macht, verweist
Präsident Graf Ernst von Sachsen-Altenburg auf einen ähnlichen Antrag, der
früher zur Reichsministerkonvention gestellt war und dieser gleich-
falls nur bedingungsweise zustimmen wollte. Präsident Graf
Wiemer hat diesen Antrag seinerzeit als unzulässig erklärt,
da ein Gesetz nur angenommen oder abgelehnt werden könne.
Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.) zieht seinen Antrag zurück.
Die Kommission hat die Zudecker ab 1. Oktober 1909 auf
10 Jahre ermächtigt und bestimmt, daß die Zusatzakte nicht früher
aufzufassen ist, als der Bundesrat der Ermächtigung der Zudecker
zugestimmt hat.
Neu eingegangen ist ein Kompromißantrag der Wölkertenen,
der in einem Artikel I die Erhebung der Zudecker ab
1. April 1909 in Aussicht nimmt, sofern bis dahin anderweit
Zedung für den Einmengenfall beschafft ist. Ein Artikel II
bestimmt, daß dieses Einmengenfall gleichzeitig mit der Zusatzakte
in Kraft tritt.
Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Kommission hat
bestimmt, daß die Zudecker vom 1. Oktober 1909 auf 10 Jahre
ermächtigt wird und daß die Zusatzakte nicht früher aufzufassen
wird. Dieser Beschluß ist für uns unannehmbar. Ich darf aber hingufügen,
daß die verhandelnden Regierungen von ihrer Erklärung in
keiner Weise zurücktreten. Sie sind vielmehr noch wie vor bereit,
die gewünschte Erhebung der Zudecker herbeizuführen, so-
fern für den zu erwartenden Einmengenfall Deckung gefunden
wird. Dem in dieser Richtung eingetragenen Antrag werden wir
zustimmen. (Beifall.)
Abg. Graf Schwerin (konf.) hält die Kommissionsbeschlüsse
nach wie vor für das Nichtigste. Um aber die Erhebung der
Zudecker zu erreichen, wollen wir der Zusatzakte bedingungs-
los zustimmen und dem neu eingetragenen Antrag beitreten.
(Beifall.)
Abg. Dr. Schahn (Zit. fr.) ist für die Zusatzakte, lehnt aber den
Kompromißantrag als nichtzulässig ab.
Abg. Dr. Wölkert (konf.): Einen Konflikt zwischen Reichstag
und Bundesrat wollen wir hier nicht herbeiführen. Wir sind
für den Kompromißantrag.
Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.) hält das Zustandekommen der
Zusatzakte und die Fortführung der Konventionspolitik für das
Wichtigste, ist aber für das Kompromiß.
Abg. Graf Schwerin (konf.) ist für den Kompromißantrag, um
überhaupt eine Ermächtigung der Zudecker zu erreichen.
Abg. Schöner (konf.) erklärt sich gegen das Kompromiß.
Nach kurzer Debatte wendet sich
Abg. Graf Schwerin (konf.) gegen die Auffassung des Abg.
Schahn, die Erhebung des Preises pro Funde hier auf 2 Pf.
festzusetzen. Rot und Schwarz trübte sich hier gegen die Bee-
wärtigung eines wichtigen Lebensmittels.
Die Erörterung schließt. Die Zusatzakte zur Reichs-
ministerkonvention wird einstimmig angenommen.

und un-
gemein-
er Ring-
de-
schon-
bet-
und ein
3 Pf.
Schle-
fomach,
ist 8 bis
brauns
mit zwei
23 Pf.
grünes
fische mit
goldener
14 Pf.
ette und
Stad mit
monat,
schönen
umgebung
er nicht
militärisch
er Fund-
den im
Zimmer
ung.
f
revier
Nhr ob
risterne
ne vergl.
beamt zu
(212)
mf.
10 Uhr
der Hof-
auf
an an
(214)
ung.
rien
über a
inern in
bedingung
ieren unter
Exp. d.
(184)
gelei,
er. f.
hoben
lungen
er
kauf.
er
ann,
nberg.
res
von
Wfer,
schle-
Mod.
nod.
Went.
Went.
(10/10)
569
ans
im groß.
a. Weh.
an
(198)
Etagen
nungen.
L. Haus.
sib-
er
L. L.
Kall
agen,
jome
Went.
1701
erte
a. L.
e 1.

